

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Niklas Schrader (LINKE)

vom 02. Dezember 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 03. Dezember 2020)

zum Thema:

Videoüberwachung an der Rummelsburger Bucht

und **Antwort** vom 17. Dezember 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 18. Dez. 2020)

Herrn Abgeordneten Niklas Schrader (Linke)
über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin
über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18 / 25790
vom 02.12.2020
über Videoüberwachung an der Rummelsburger Bucht

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl bemüht, Ihnen eine Antwort auf Ihre Anfrage zukommen zu lassen und hat daher das landeseigene Wohnungsunternehmen HOWOGE um Stellungnahme gebeten. Die Stellungnahme wurde von dem Wohnungsunternehmen in eigener Verantwortung erstellt und dem Senat übermittelt. Sie wird nachfolgend zusammenfassend wiedergegeben.

Frage 1:

Welchen konkreten Zwecken dient die Videoüberwachung durch mobile Kameratürme mit 360 Grad schwenkbaren Domkameras, welche an der Rummelsburger Bucht auf einem Grundstück der HOWOGE an der Kynaststraße in unmittelbarer Nähe zu öffentlich zugänglichen Verkehrswegen platziert sind?

Antwort zu 1:

Die Videoüberwachung dient der Verkehrssicherung sowie der Sicherung des Grundstücks gegen Diebstahl, Vandalismus und unbefugtes Betreten. In der Vergangenheit wurden neben unbefugtem Betreten wiederholt Sachbeschädigungen an dem HOWOGE-Grundstück begangen, welches zur Verkehrssicherung mit einem Bauzaun umfasst ist. Insbesondere wurden Zaunteile in großer Zahl entwendet, die jeweils auf Kosten der HOWOGE ersetzt werden mussten, da der oder die Täter unbekannt blieben. Durch die Videoüberwachungsanlage sollen Täter einerseits abgeschreckt werden, Straftaten zu begehen. Andererseits soll im Falle einer Straftat eine rechtliche Verfolgung ermöglicht werden, indem Beweismittel für Straf- und/ oder Zivilverfahren gesichert werden.

Frage 2:

Welche mildereren Mittel zur Zweckerreichung wurden vor Einsatz der Kameratürme mit welchen jeweiligen Ergebnissen für eine Bewachung des Grundstücks geprüft?

Antwort zu 2:

Das Grundstück wurde nach Eigentumsübergang auf die HOWOGE regelmäßig, jedoch zu unterschiedlichen Zeiten, von Hausmeistern und Kiezhelfern der HOWOGE bestreift. Die Diebstähle und Sachbeschädigungen fanden jeweils außerhalb der Arbeitszeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter statt. Ermittlungsverfahren gegen unbekannt, ohne Beweismittel oder Zeugen, blieben erfolglos.

Daraufhin geprüft und aus wirtschaftlichen Gründen verworfen wurde eine tägliche, maximal acht-stündige Bestreifung des Grundstücks durch ein externes Sicherheitsunternehmen. Ebenfalls geprüft wurden das Aufstellen von Kamera-Attrappen, Alarmanlagen und Bewegungsmeldern. Da durch diese Maßnahmen keine effektive Strafverfolgung möglich ist, wurden auch diese verworfen.

Frage 3:

Um welche Ausführung bzw. welches Modell welchen Herstellers handelt es sich bei den Kameratürmen?

Frage 4:

Welcher Stelle sind für Anschaffung und Betrieb der Kameratürme welche genauen Kosten entstanden?

Antwort zu 3 und 4:

Die Modelle sind handelsüblich und die Kosten werden allein von der HOWOGE getragen.

Frage 5:

Mit welchen konkreten Methoden wird technisch gewährleistet, dass keine Bildaufnahmen und -aufzeichnungen von Personen auf öffentlichen Gehwegen oder anderen öffentlich zugänglichen Flächen vorgenommen werden?

Frage 7:

Werden sensible Aufnahmebereiche wie öffentliche Gehwege gegebenenfalls ausgepixelt?

Frage 8:

Aus welchen Gründen ist es erforderlich, dass die Videoüberwachung 24 Stunden am Tag in Betrieb ist?

Antwort zu 5, 7 und 8:

Es handelt sich um keine permanente 24 Stunden / Tag Videoüberwachung. Eine Aktivierung der Videoüberwachungsanlage erfolgt erst durch das illegale Öffnen der Bauzäune bzw. durch das Betreten des Grundstücks. Erst wenn sich Personen dort aufhalten, wird eine Alarmbenachrichtigung an die 24h Notruf- und Serviceleitstelle des eingesetzten Auftragsverarbeiters gesendet. Die potenzielle Eindringlinge können via Lautsprecher angesprochen und ggf weitere Maßnahmen eingeleitet werden. Eine Alarmaufzeichnung findet mit 20 Sekunden Vor- und Nachalarm nur in diesem Alarmfall statt. Die Kamera erfasst dabei ausschließlich das Grundstück, alle Flächen außerhalb des Zauns werden verpixelt.

Frage 6:

Werden durch die Videoüberwachung auch Bildaufzeichnungen vorgenommen? Wenn ja,

a. für welche Dauer werden die Aufzeichnungen gespeichert, bis sie gelöscht werden?

b. wo werden die gespeicherten Daten vorgehalten

Antwort zu 6 a und b:

Die Aufnahmen die nach Aktivierung der Anlage entstehen, werden von dem mit der Videoüberwachung beauftragten, zertifizierten Sicherheitsunternehmen spätestens nach 72 Stunden automatisiert gelöscht. Liegt keine Straftat vor, werden die Daten sofort gelöscht,

wenn kein Interesse an einer Strafverfolgung seitens der HOWOGE besteht. Falls eine Strafverfolgung nötig ist, fordert die HOWOGE den Dienstleister schriftlich zu einem Datenexport auf. Die HOWOGE erstattet Anzeige beim zuständigen Polizeiabschnitt (PA). Der PA nimmt die Aufnahmen als Beweismaterial zur Sichtung und Auswertung entgegen.

Frage 9:

Wie nimmt die HOWOGE zu dem Umstand Stellung, dass eine blickdichte und hochauflösende, um 360 Grad schwenkbare Domkamera auch dann dazu geeignet ist, in die Persönlichkeitsrechte von Betroffenen einzugreifen, selbst wenn diese nicht gefilmt werden, da sie die Betroffenen im Unklaren darüber lässt, ob die Kamera auf sie fokussiert oder nicht?

Antwort zu 9:

Der Einsatz der Videoüberwachung wurde intern wie extern datenschutzrechtlich geprüft. Er entspricht vollumfänglich den Vorgaben der Datenschutzgrundverordnung. Zudem wurden in Absprache mit dem Datenschutzbeauftragten entsprechende Hinweisschilder, welche mögliche Betroffenen über die Videoüberwachung informieren, angebracht.

Frage 10:

Welche Auffassung vertritt die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit (BlnBDI) zu den an der Rummelsburger Bucht eingesetzten Kameratürmen und wie viele Beschwerden liegen der BlnBDI zu dieser installierten Videoüberwachung ggf. bereits vor?

Frage 11:

An welchen anderen Orten nutzen welche landeseigenen Unternehmen, Gesellschaften oder Anstalten öffentlichen Rechts oder Unternehmen und Gesellschaften, an denen das Land Berlin Anteile besitzt, Kameratürme der unter 1. genannten Ausführung?

Antwort zu 10 und 11:

Dem Senat liegen aufgrund der Kürze der Zeit dazu keine Kenntnisse vor.

Berlin, den 17.12.2020

In Vertretung

W. Christoph

.....
Senatsverwaltung für
Stadtentwicklung und Wohnen